

Schwarz-Gelb ignoriert Armuts- und Reichtumsbericht

# Gerechte Steuern, gleiche Bildungschancen, höhere Löhne helfen gegen Armut

Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt: In Deutschland wächst die Ungleichheit. Der Abstand zwischen dem Besitz der Reichsten und der Ärmsten wird größer. Auch bei den Arbeitseinkommen geht die Lücke auseinander: Hohe Einkommen steigen, bei der Entwicklung der geringeren Einkommen hingegen gibt es nach Abzug der Inflation Reallohnverluste.

Armut zu bekämpfen, heißt Arbeitslosigkeit zu senken, bessere Bildungschancen und höhere Löhne zu ermöglichen. Bei Chancengleichheit und Aufstiegschancen ist der Staat gefordert. Doch er verfügt nicht über ausreichende Mittel, um Ungleichheit zu verringern. Zugleich würde die Erhöhung der Staatsverschuldung das Problem noch verschlimmern. Ein höherer Schuldendienst des Staates nutzt den Vermögenden und schränkt die Spielräume für Bildungsinvestitionen ein. Wer also beides will – mehr für Bildung und soziale Teilhabe, weniger neue Schulden – muss ohne Tabus über die Steuerpolitik reden.

Schwarz-Gelb will nach wie vor Steuern auf Pump senken und gefährdet damit die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen. Schwarz-Gelb verweigert den gesetzlichen Mindestlohn. Diese Blockade durch Bundeskanzlerin Merkel trifft zunehmend auf den Widerstand der Länder.

Deutschland braucht einen neuen Lastenausgleich: Klientelpolitik in der Steuer- und Finanzpolitik muss ein Ende haben. Dazu gehört auch, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wirksam zu bekämpfen. Dazu gehört die Anhebung des Spitzensteuersatzes und der Abgeltungssteuer. Die Finanztransaktionssteuer, die Beteiligung der Banken an den Krisenkosten und die Regulierung der Finanzmärkte müssen kommen. Zudem wollen wir die Wiedererhebung der Vermögenssteuer – mit ausreichend großen Freibeträgen für das Betriebsvermögen von Handwerk und Mittelstand.

## 1.1 Deutschland gerät aus dem Lot

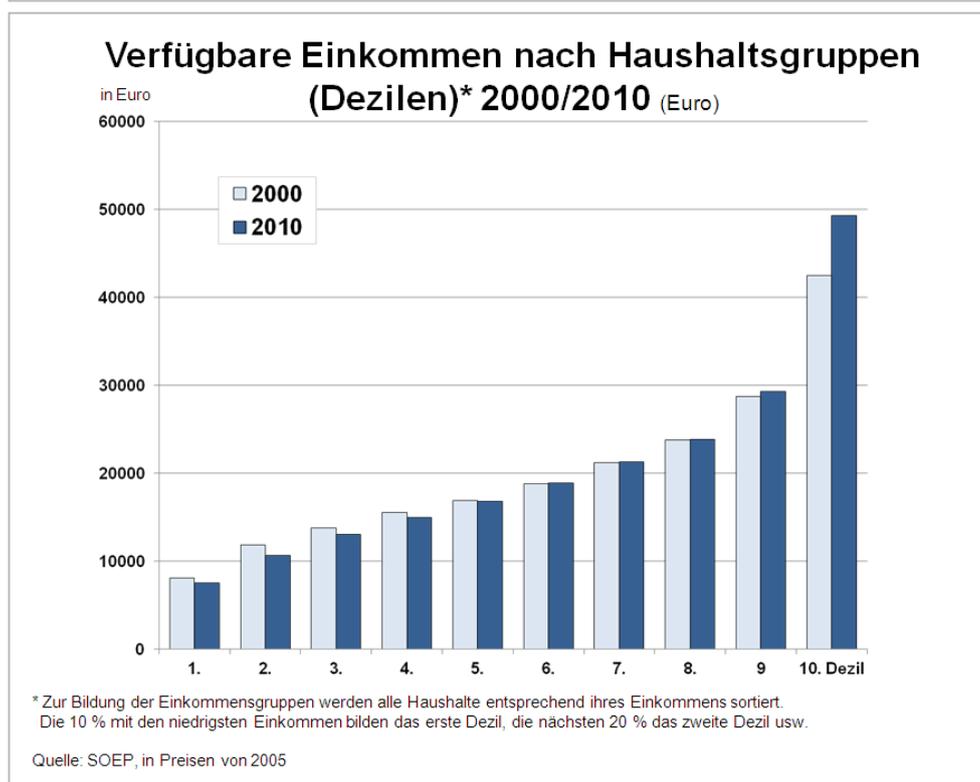
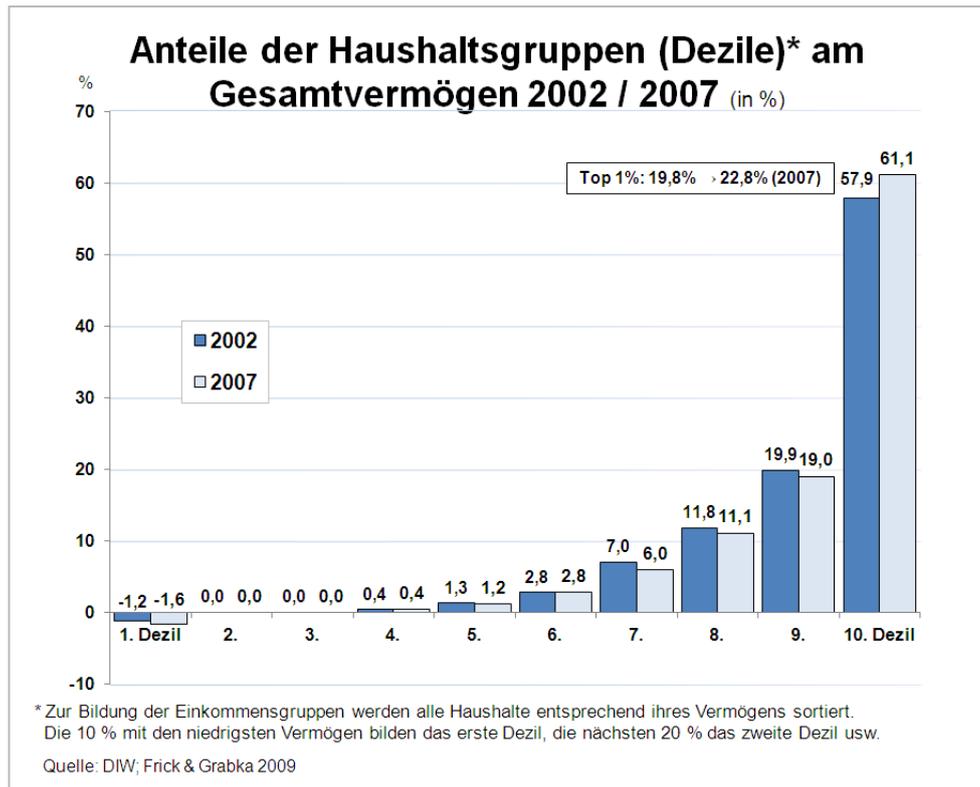
### 1.2 Die Fakten

- **Das Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland hat sich seit 1992 mehr als verdoppelt:** Es stieg von knapp 4,6 Billionen Euro auf rund zehn Billionen Euro. Damit sind Immobilien, Geld, Wertpapiere und Betriebsrenten erfasst. Das Privatvermögen war 2012 fünfmal so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt. Diese Entwicklung ist nicht neu. Aber sie hat sich in den letzten Jahren trotz der Finanz- und Schuldenkrise verstärkt.
- **Das Vermögen ist aber immer ungleicher verteilt.** Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von den Zuwächsen profitiert. Sie verfügen heute über mehr als die Hälfte des Privatvermögens (53 Prozent). Für die untere Hälfte der Haushalte bleibt nicht viel übrig: Sie besitzen insgesamt nicht mehr als ein Prozent.

- **Der Abstand zwischen dem Vermögen von Haushalten in Westdeutschland und Ostdeutschland ist weiterhin hoch.** In den alten Bundesländern beträgt das Immobilien- und Geldvermögen der Haushalte im Schnitt 132.000 Euro. In den neuen Bundesländern liegt es bei 55.000 Euro.
- **Auch die Lohnentwicklung hat die Lücke zwischen Arm und Reich vergrößert.** Die Löhne im oberen Bereich sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Lohnverluste erlitten. Diese zunehmende Lohnspreizung hat viele Facetten. Die Zahl der abhängig **Beschäftigten mit Niedriglohn** ist konstant gestiegen: Jeder Vierte ist heute davon betroffen. Im Jahr 2010 erhielten knapp über vier Millionen Menschen einen Bruttostundenlohn von weniger als sieben Euro. Auch der Anteil der **atypisch Beschäftigten** hat sich zwischen 2000 und 2010 erhöht. Mittlerweile betrifft er 25 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse. Und die **Normalarbeitsverhältnisse** stagnieren. 2010 standen 23,1 Millionen Beschäftigte in einem solchen Arbeitsverhältnis. Vor zehn Jahren waren es 23,8 Millionen. Auch die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** hat sich in den letzten Jahren nur geringfügig verringert.
- **Viele Menschen leben in Haushalten mit einem Einkommen weit unter dem Durchschnitt.** Besonders davon betroffen sind Kinder. 50 Prozent der Kinder aus Alleinerziehenden-Haushalten leben unterhalb der sogenannten Armutsrisiko-Schwelle, d.h. in einem Haushalt mit extrem unterdurchschnittlichen Einkommen. Dasselbe trifft auch auf 28 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund zu. Weiterhin leben 1,7 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Haushalten von Empfängern der Grundsicherung.
- **Die Bedürftigkeit im Alter wird in Zukunft zunehmen.** Die Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen ist dabei maßgeblich. Vor allem Niedrigverdiener, Selbstständige ohne Altersvorsorge und Menschen mit kurzen Erwerbsphasen aufgrund von Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen erwerben oft nur geringe Rentenansprüche.
- **Während die privaten Vermögen wachsen, nimmt beim Staat vor allem die Verschuldung zu. 1992 besaß die öffentliche Hand in Deutschland rechnerisch noch ein Nettovermögen von 800 Milliarden Euro. Um diesen Betrag überstiegen die öffentlichen Vermögenswerte die Schulden des Gesamtstaates. 2012 ist dieses Polster aufgebraucht. Die Schulden sind um 17 Milliarden Euro höher als das Vermögen.** Daran hat nicht zuletzt die Finanzkrise einen erheblichen Anteil: Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte betrug vor der Krise 67,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Heute liegt er bei 83 Prozent.
- **Diese Entwicklung ist nicht auf Deutschland beschränkt. Durch die Krise nimmt auch in Europa die Ungleichheit wieder zu.** Die Ungleichheit *zwischen* den Mitgliedsstaaten der EU ging im Zeitraum von 1998 bis 2008 zwar zurück. Unter den Bedingungen der Krise in der Eurozone nimmt sie seit 2010 jedoch wieder zu. Auch die Ungleichheit *innerhalb* der EU-Länder steigt seitdem wieder.<sup>1</sup> Dabei geht in den Krisenländern – anders als in Deutschland – ein massiver Anstieg der öffentlichen Verschuldung mit einer Abnahme auch der privaten Vermögen einher. Die Wohlstandsgräben innerhalb Europas wachsen daher mit besonders hoher Geschwindigkeit.

---

<sup>1</sup> Michael Dauderstädt und Cem Keltek, *Eurokrise: Die Ungleichheit wächst wieder in Europa* (August 2012)

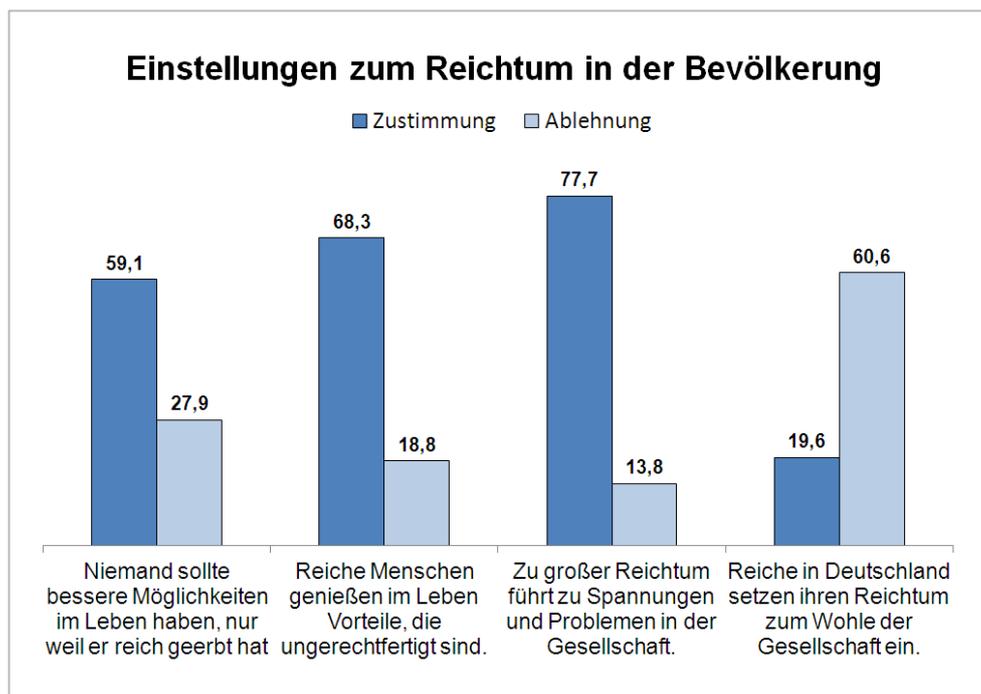


### 1.3 Die Wahrnehmung

- Wenn die Schere zwischen den sozial Starken und den sozial Schwachen aufgeht, schwindet der soziale Zusammenhalt. Eine große Mehrheit der Deutschen findet, dass zu großer Reichtum zu

gesellschaftlichen Spannungen und Problemen führt (78 Prozent). Über zwei Drittel glauben, dass Reichtum mit ungerechtfertigten Privilegien verbunden sein kann. Knapp 60 Prozent richten sich gegen Chancenvorteile aufgrund von Vererbung. Und nur jeder Fünfte ist der Meinung, Reiche würden ihren Reichtum zum Wohle der Gesellschaft einsetzen. Eine überwältigende Mehrheit von 79 Prozent ist sogar der Überzeugung, dass die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich die Demokratie gefährdet.<sup>2</sup>

- **Die Entwicklung der Einkommen verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung.** Fast jeder zweite Bürger findet, dass es in Deutschland weitgehend ungerecht zugeht (48 Prozent). Neun Prozent sind sogar der Meinung, es gehe ganz und gar ungerecht zu.<sup>3</sup>



- **Je größer die Ungleichheit, desto mehr Menschen unterstützen Maßnahmen zur Verringerung der Einkommensunterschiede.**<sup>4</sup> Vor zehn Jahren befürworteten bereits rund 54 Prozent der Bürgerinnen und Bürger solche Maßnahmen. 2010 waren es sogar 67 Prozent. Damit nimmt Deutschland im europäischen Vergleich einen mittleren Platz ein. In anderen europäischen Ländern sprachen sich im Durchschnitt 75 Prozent der Bevölkerung für staatliche Gegenmaßnahmen aus. **75 Prozent** der Deutschen sprechen sich für eine **Erhöhung des Spitzensteuersatzes** aus.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Stern-Umfrage, Dezember 2011

<sup>3</sup> Stern-Umfrage, Dezember 2011

<sup>4</sup> European Social Survey, 2010

<sup>5</sup> ARD-Deutschlandtrend, September 2012

## 2. Schwarz-gelbe Klientelpolitik

Die Bundesregierung hat bei der Bekämpfung der Ungleichheit versagt. Sie will die negativen Entwicklungen nicht aufhalten. Noch schlimmer: Die Regierung Merkel ignoriert das Problem.

- **Die Bundesregierung schaut weg, wenn es um Ungerechtigkeit geht.** Der untere Rand der Einkommen erodiert. Dadurch wird die Einkommensungleichheit heute größer. Und morgen steigt die Zahl der Menschen, die im Alter arm sind. Eine Zuschussrente, so wie sie die Regierung diskutiert, kann das nicht ausgleichen.
- **Die Bundesregierung verschont die Verursacher der Finanzkrise.** Nicht die Finanzmarktakteure mussten den Schaden beseitigen, den sie mit der Finanzkrise verursacht haben. Stattdessen wurden neue Schulden gemacht und die künftigen Steuerzahler werden für die Bankenrettung herangezogen. Die schwarz-gelbe Bankenabgabe hat eine bloße Alibifunktion: Trotz Milliardengewinnen der Banken wurden im Vorjahr gerade einmal knapp 600 Mio. Euro eingenommen, weniger als die Hälfte der geplanten Summe. Der nationale Rettungsfonds bräuchte so Jahrzehnte, um die Mittel für eine effektive Krisenbekämpfung zusammen zu bekommen.
- **Die Bundesregierung belastet die falschen Schultern.** Trotz zunehmender Ungleichheit verteilt Schwarz-Gelb steuerpolitische Klientelgeschenke und macht unseriöse Steuersenkungsversprechen. Noch im Krisenjahr 2009 beschlossen CDU/CSU und FDP Steuersenkungen für Hoteliers und reiche Erben. Höhere Steuern für Spitzenverdiener und große Vermögen lehnt Bundeskanzlerin Merkel weiterhin kategorisch ab. Steuerhinterzieher wird in dem geplanten Steuerabkommen mit der Schweiz eine besonders schonende Behandlung gewährt. Und gleichzeitig versucht Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, die effektive Bekämpfung von Steuerstraftaten durch den Ankauf von Daten-CDs zu kriminalisieren.
- **Die Bundesregierung nutzt die Gunst der Stunde nicht.** Obwohl die Konjunktur sich gut entwickelt hat, bekämpft die Regierung die soziale Ungleichheit nicht. Obwohl der Staat Mehreinnahmen verzeichnen konnte, konsolidiert sie den Haushalt nicht stärker. Selbst von ihrem eigenen Sparprogramm aus dem Jahre 2010 haben Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble gerade einmal die Hälfte umgesetzt – die Einsparungen beim Erziehungsgeld für ALG-II-Bezieher und in der Arbeitsmarktpolitik. Alles andere fiel unter den Tisch und wurde ebenso freigiebig verteilt wie die erheblichen Steuer Mehreinnahmen der letzten beiden Jahre.
- **Die Bundesregierung hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.** Ungleichheit wird auch dort verstärkt, wo Menschen nicht an Erwerbstätigkeit teilhaben können und ihnen Bildungschancen verwehrt werden. Mit Maßnahmen wie dem Betreuungsgeld fördert die Regierung das Gegenteil von solcher Teilhabe – die Ausgrenzung. Damit schreibt sie Ungleichheit in die Zukunft fort.

## 3. Was sich ändern muss: Gerechte Steuern, gleiche Bildungschancen und höhere Löhne

Wir haben auf dem Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion unsere Vision deutlich gemacht: Wir wollen ein Land, in dem sozialer Zusammenhalt bewahrt wird und in dem starke Schultern mehr tragen als schwache.

Die Steuerlast in Deutschland ist ungerecht verteilt. Wir treten an, um das zu ändern. Mehreinnahmen müssen dort generiert werden, wo ausreichend finanzielle Ressourcen existieren. Damit sollen die Bürgerinnen und Bürger, die Familien unterstützt werden, denen heute die Chancen auf eine gerechte Teilhabe an guter Arbeit und anständigen Einkommen, an Bildung und sozialem Aufstieg verwehrt bleiben.

### 3.1 Unsere Ziele

- **Eigentum muss wieder verpflichten.** Das Grundgesetz legt in Artikel 14 fest, dass der Gebrauch von Eigentum dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll. Es ist Zeit, auch jene Bürgerinnen und Bürger wieder daran zu erinnern, die von den Vermögensentwicklungen der letzten Jahre besonders profitiert haben.
- **Die Gesellschaft muss wieder ins Lot kommen.** Wenn die Armutsrisiken sich für bestimmte gesellschaftliche Gruppen über Generationen verfestigen und die Chancen auf Teilhabe und sozialen Aufstieg immer kleiner werden – dann ist Ungleichheit ungerecht. Und nur ein auch finanziell handlungsfähiger Staat kann die Rahmenbedingungen für eine gerechtere Teilhabe schaffen. Sozialer Aufstieg muss wieder möglich sein.

### 3.2 Unsere Politik

- **Wir wollen den Spitzensteuersatz erhöhen.** Bürgerinnen und Bürger mit einem Einkommen ab 64.000 Euro bei Alleinverdienern und 128.000 Euro bei Ehepaaren sollen mehr beitragen als bisher. Für Einkommen ab 100.000 Euro soll ein Spitzensteuersatz von 49 Prozent eingeführt werden. Dadurch mobilisieren wir sechs Milliarden Euro an Mehreinnahmen. Diese können zur dauerhaften Verbesserung von Bildung und Aufwärtsmobilität angelegt werden.
- **Wir wollen die Abgeltungssteuer anheben.** Durch die Erhöhung der Steuer auf 32 Prozent bei gleichzeitigem Erhalt des Optionswahlrechts kann etwa eine Milliarde Euro generiert werden. So stünden zusätzliche Mittel zur Verfügung, die verhindern dass sich soziale Ungerechtigkeit immer weiter reproduziert.
- **Wir wollen die Finanztransaktionssteuer einführen.** Um die Verursacher der europäischen Finanz- und Schuldenkrise zu retten, wurden die Verluste auf den Steuerzahler abgewälzt. Die Akteure auf den internationalen Finanzmärkten müssen endlich an den Kosten der Krise beteiligt werden. Schwarz-Gelb hat im Zusammenhang mit der Billigung des Fiskalpakts im Deutschen Bundestag die Einführung der Finanztransaktionssteuer zugestanden. Wir werden dafür sorgen, dass diesen Worten nun auch zügig Taten folgen. Außerdem brauchen wir eine schärfere Regulierung hochspekulativer Produkte und eine schlagkräftige europäische Bankenaufsicht.
- **Wir wollen die Vermögenssteuer wieder erheben.** Den finanziellen Spielraum von etwa zehn Milliarden Euro im Jahr, den wir dadurch gewinnen, können die Länder für Bildungsinvestitionen nutzen. So wird nicht kurzfristig Geld umverteilt, sondern langfristig die Chance auf sozialen Aufstieg und den Zugang zu Vermögen erhöht. Jedoch soll die private Vermögenssteuer an Freibeträge gekoppelt sein. Und die betriebliche Vermögenssteuer darf wirtschaftliche Aktivität nicht verhindern.

- **Wir wollen einen Ganztagschulplatz für jedes Kind** - unabhängig von Wohnort, Schulform oder Förderungsbedarf. Denn Ganztagschulen schaffen Raum und Zeit, um alle Kinder besser zu fördern, Bildungsarmut zu bekämpfen und für Chancengleichheit zu sorgen. Um qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Plätze zu schaffen, brauchen wir ein neues Ausbauprogramm.
- **Wir wollen den Kita-Ausbau weiter voranbringen.** Das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren muss ausgebaut werden. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass der Bedarf über den von der Bundesregierung veranschlagten 35 Prozent der unter Dreijährigen liegt. Für den bedarfsgerechten Ausbau werden weitere Bundesmittel benötigt. So begegnen wir der sozialen Ungleichheit an ihrer Quelle: Gleiche Chancen für alle – von Kindesbeinen an.
- **Wir wollen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen.** Guter Lohn für gute Arbeit – nur wenn das gilt, verkleinert sich auch die Einkommensschere. Zudem wollen wir die Tarifbindung stärken. Das Prinzip „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ muss wieder gelten. Gemeinsam mit den Sozialpartnern werden wir eine verfassungs- und zeitgemäße gesetzliche Garantie der Tarifeinheit entwickeln.